



Jörn Domeier, MdL

Lieber Jan,

Null Toleranz. Mit dieser wichtigen Botschaft gehen wir aus dem Februarplenium hinaus und wollen die Rettungskräfte und die weiteren ehrenamtlich Aktiven schützen.

Das Gesetz gegen diese Art von Angriffen wurde bereits verschärft und wir setzen uns dafür ein, dass gerade bei Beleidigungen und Drohungen weniger Verfahren durch die Staatsanwaltschaften eingestellt werden.

Die Menschen, die unser gesellschaftliches Leben aufrecht halten, verdienen nicht nur freundliche Worte, sie verdienen den vollen Schutz für ihre Arbeit für die Gemeinschaft.

1987, als erste Partei, brachte der SPD Ortsverein Helmstedt den Bürgerpreis für ehrenamtliches Engagement heraus. Heute ist diese Würdigung wichtiger denn je. Auf jeder Bühne, aber besonders auf der politischen Bühne müssen wir unsere „Helden des Alltags“ schützen.

[Meine Homepage.](#)

NULL TOLERANZ

**GEGENÜBER BELEIDIGUNGEN, HASS UND
GEWALT AN MANDATSTRÄGERN,
EHRENAMTLICHEN UND RETTUNGSKRÄFTEN!**

FEUERWEHR

Der Mord am Landrat des Kreises Hameln-Pyrmont im April 2013 ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Drohungen, Hass und Gewalt sind leider inzwischen alltägliche Phänomene, mit denen sich alle im öffentlichen Leben stehenden „Repräsentanten des Staates“ konfrontiert sehen. Dieser Entwicklung gilt es entgegenzuwirken.

Foto: iStockfoto, Marcus Milo

Frühkindliche Bildung voranbringen

Nach der Einführung der Elternbeitragsfreiheit im Kindergarten, der Stärkung der Sprachförderung in den niedersächsischen Kindertagesstätten und der stufenweisen Einführung einer dritten Fachkraft in Krippengruppen ist der nächste Schritt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine Attraktivitätssteigerung des Berufes der Erzieherin/des Erziehers. Wir fordern u.a., dass ein Stufenplan zur Fachkraft-Kind-Schlüssel Verbesserung kommen soll, der Quereinstieg in den Beruf des Erziehers/ der Erzieherin vereinfacht wird, zusätzliche Krippenplätze geschaffen werden, die Schulgeldfreiheit für die Ausbildung an allen Schulen in freier Trägerschaft eingeführt wird, eine dualisierte Ausbildung mit Ausbildungsvergütung kommt und Weiterbildungsangebote für das Fachpersonal ausgebaut wird. Mit diesem weiteren Schritt soll die Qualität der Betreuung von Kindern in den Einrichtungen gesichert und verbessert werden.

Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger, Rettungskräfte und Ehrenamtliche sind nicht hinnehmbar - Land und Kommunen müssen gemeinsam aktiv werden

Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt im öffentlichen Raum nehmen immer mehr zu. Neben Aggressivität gegen Rettungskräfte und Polizisten sind leider auch Übergriffe gegen (kommunale) Amts- und Mandatsträger keine Ausnahmeerscheinung mehr. Der Landtag verurteilt dies und bittet die Landesregierung unter Anderem, zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Fünf-Punkte-Plan gegen Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger auf den Weg zu bringen.

Regionale und direkte Vermarktung unterstützen und fördern

In den letzten 17 Jahren haben über 27.000 landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen den Betrieb eingestellt. Dabei stieg die Anzahl der Betriebe mit einer Nutzfläche von über 100 ha um 56,6% und Betriebe mit einer Fläche von unter 100 ha nahmen um 51,2% ab. Um dem gestiegenen Wunsch vieler Verbraucher nach regional und direktvermarkteter landwirtschaftlicher Produkte und der Unterstützung kleinerer Hofbetriebe gerecht zu werden, fordern wir, dass landwirtschaftliche Kleinbetriebe durch das Land in ihren Direktvermarktungsstrategien unterstützt und auch z.B. von bürokratischen Hürden entlastet werden sollen.

Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ mit Leben füllen - Einsatzkräfte nicht im Stich lassen!

Immer häufiger werden Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräfte während ihrer Tätigkeit Opfer von Gewalt, Beleidigungen und Übergriffen. Diese unerträglichen Straftaten müssen konsequent angezeigt werden. Dabei dürfen diejenigen, die Menschen in Not geholfen haben, als Zeugen vor Gericht nicht allein gelassen werden. Die Retter und Helfer werden oftmals von gegnerischen Anwälten hart attackiert. Deshalb sollte jedem in dieser belastenden Situation anwaltlicher Beistand ermöglicht werden. Die Landesregierung wird vor diesem Hintergrund gebeten, sich in die Diskussion um die konkrete Ausgestaltung eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ unter Einbindung der in Niedersachsen tätigen Hilfsorganisationen nun aktiv auf Bundesebene einbringen und für schlanke Verfahren und eine unbürokratische Handhabung streiten.

Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken

Der verstärkte Personen- und Güterverkehr auf der Schiene stellt die Verkehrsinfrastruktur vor wachsende Herausforderungen. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 sind für die Ertüchtigung der Teilstrecke Bielefeld-Hannover rund 1,8 Milliarden Euro vorgesehen. Ab 2021 soll gleichzeitig der Hauptbahnhof Hannover grundsaniert und der Bahnknoten ausgebaut werden. Der Landtag bittet vor diesem Hintergrund die Landesregierung, im Sinne der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung, Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Suche nach geeigneten

Lösungen für die Strecke und für Maßnahmen zum Lärmschutz einzubinden.

Bildung in der digitalisierten Welt

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verändert alle Lebensbereiche. Digitale Systeme und Werkzeuge durchdringen die Gesellschaft. Die Arbeitswelt verändert sich im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung. Viele nutzen selbstverständlich digitale Angebote, häufig ohne die dahinterstehenden Algorithmen und Geschäftsmodelle zu verstehen. Der Erwerb grundlegender digitaler Kompetenzen muss daher im Bildungsauftrag der Schule eine zentrale Rolle spielen. In Zusammenarbeit mit der Landesregierung möchten wir als Schwerpunkte in unserer Strategie eine Definition einer langfristigen Vision von Bildung in der digitalisierten Welt. Die Fortschreibung einer einheitlichen Strategie zur Umsetzung dieser u.a. im Rahmen von Bildung 2040 sowie die kurzfristige Vorbereitung unserer Schulen auf die (digitale) Zukunft, sodass sich die Qualität der Bildung besser an die raschen Veränderungen anpassen kann, die die Digitalisierung mit sich bringt. Des Weiteren fordern wir die Landesregierung auf, die Lehrkräfteaus-, -fort und -weiterbildung so anzupassen, dass die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen in der digitalisierten Welt fester Bestandteil der Lehrkräftebildung sind sowie schnellstmöglich die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Verteilung der Mittel des Digitalpaktes an die Schulträger in Niedersachsen zu ermöglichen.

[Mein Youtube-Kanal.](#)



TERMINE

- 6.03. Hallerkuchenessen in Schöningen
- 25.03. EU-Projekttag an Schulen
- 27.03.-29.03. Plenum

Foto: Jörgen Domeier

Herzliche Grüße
Dein Jörn

Impressum:

Jan Fricke, Büroleiter
Abgeordnetenbüro Jörn Domeier, MdL
Kleiner Wall 1 | 38350 Helmstedt
Tel.: [05351 39925-12](tel:053513992512) | Fax: [05351 39925-16](tel:053513992516)
Mail: buer0@joern-domeier.de

Diese Zusammenfassungen erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.
Für Fragen und Anregungen ist das Büro erreichbar.

Hat sich bei Dir etwas geändert? [Hier kannst Du Deine Mitgliedsdaten einsehen und aktualisieren.](#)

Du möchtest keine E-Mails mehr vom Landtagswahlkreis 008 Helmstedt erhalten? [Dann klicke bitte hier.](#) Du möchtest überhaupt keine Mails mehr von uns erhalten? [Hier alle SPD-Mails abbestellen.](#)

Du möchtest keine Presse-Mails mehr von der SPD erhalten? [Hier alle SPD-Presse-Mails abbestellen.](#)